

AWO



Ansicht

8
1
4

Mehr soziale Politik. Es ist Zeit für eine sozial gerechtere Politik in Deutschland. Ein Heft dazu, wie soziale Unsicherheiten durch eine zukunftsweisende Sozialpolitik bekämpft werden können.



Liebe Leserin, lieber Leser,

jenseits aller Themen, die Tag für Tag, Woche für Woche immer wieder die Agenden der Berichterstattung bestimmen oder soziale Netzwerke auf Trab halten, dürfen wir die grundlegenden Fragen nicht aus den Augen verlieren, auf die Antworten gefunden werden müssen. Kinder- und Altersarmut etwa sind keine Hirngespinnste, sondern real. Armutsbiografien von Beginn an haben Auswirkungen auf das Leben bis in das Alter, wenn jeder Cent zweimal umgedreht werden muss, um von der Rente würdig zu leben oder Pflegeleistungen zu bezahlen.

Seit geraumer Zeit ist für die Lebenszeit immer stärker die Frage nach bezahlbarem Wohnraum für alle, vor allem in Groß- oder Universitätsstädten, in den Fokus gerückt. Die Bedeutung von angemessenem Wohnen ist für die Menschen immens hoch. Vielfach werden Einschränkungen im Lebensalltag in Kauf genommen, um würdig zu wohnen. Solange jedoch nur halbherzige Eingriffe seitens Bund und Kommunen auf dem Wohnungsmarkt erfolgen, wird die Frage von Grund, Boden und Häusern ein Spielfeld für Finanzspekulant*innen oder private Immobilienfirmen bleiben. Der sogenannte Wohnungsgipfel der Bundesregierung hat dies im Herbst bestätigt: Am Tisch saßen vor allem die Profiteur*innen der Entwicklungen am Wohnungsmarkt. Der Mieter-schutzbund war zwar auch dabei, aber hatte verschwindend geringe Redezeit.

Kurzum: Ein demokratisches Gemeinwesen ist dann stark und stabil, wenn Staat und Zivilgesellschaft nicht alles über Privatwirtschaft oder Märkte regeln zu lassen versuchen; es ist dann stark, wenn bewusst eine Sozialpolitik gemacht wird, die jene Menschen in den Mittelpunkt stellt, die von alleine nur schwer ein Leben in Würde führen können. Dies muss endlich auch jenen politischen Kräften einleuchten, die der sozialen Versorgung in Deutschland alleine durch privatwirtschaftliche Dienstleistungsangebote das Wort reden. Dies läuft auf Entsolidarisierung hinaus, und das lehnen wir als AWO entschieden ab.

Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre und einen geruhsamen Jahresausklang.

Wilhelm Schmidt
Präsident des AWO Bundesverbandes

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Mona Finder
Berit Gründler · Peter Kuleba (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Konzept und Gestaltung

www.stephanie-roderer.de

Fotografie

Titel, S. 8-9 vortritt/photocase.de, Bardocz Peter/
shutterstock, CharlotteRaboff/shutterstock · S. 4
Manfred Berger [Public domain], Wikimedia
Commons · S. 5, 12 Frank Schinski/OSTKREUZ für
den AWO Bundesverband · S. 6 FES · S. 7 AWO
International · S. 15 jala/photocase.de · S. 16
CL./photocase.de · S. 18 AWO Landesverband
Schleswig-Holstein, Bildersommer/photocase.de
· S. 21 AWO Landesverband Brandenburg ·
S. 22 DGB/Simone M. Neumann

Anzeigen

TAG Agentur & Verlag
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umwelt-
management nach EMAS DE-155-00126
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit – GFA-COC-001787



FRAUEN

§ 219a StGB abschaffen

»Wenn ein bloßer Hinweis auf die Durchführung von nach § 218a StGB nicht strafbaren Schwangerschaftsabbrüchen zu einer Verurteilung von Ärztinnen und Ärzten führt, folgt daraus große Rechtsunsicherheit – auch für die Patientinnen. Frauen haben neben der psychosozialen Beratung ein Recht auf eine uneingeschränkte, sachliche und legale Information in einer Praxis ihrer Wahl«, erklärt der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. »Informationen über Schwangerschaftsabbrüche müssen für alle Frauen frei zugänglich sein. Der § 219a StGB ist frauenfeindlich, schikaniert Ärzte und Patientinnen und gehört endlich abgeschafft«, so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. AWO und Paritätischer Gesamtverband begrüßen die ins parlamentarische Verfahren eingebrachten Gesetzesentwürfe zur Abschaffung des § 219a StGB und appellieren gemeinsam mit weiteren 25 Verbänden in einem offenen Brief an die Politik, weiter in der Sache zu verhandeln. Der Streit um den § 219a StGB ist aus Sicht der Verbände weit mehr als eine Frage darum, wer Recht hat. Er sei Sinnbild dafür, wie Informationsfreiheit in unserer Gesellschaft gelebt wird. Der AWO Bundesverband und der Paritätische Gesamtverband fordern den umfassenden Schutz des Informationsrechts von Frauen, wozu auch das Recht auf Informationen über Schwangerschaftsabbrüche und darüber, welche Ärztinnen und Ärzte diese durchführen, gehören.

➔ Sarah Clasen 030/26309428
Sarah.clasen@awo.org



DIGITALISIERUNG

Mehr als Algorithmen

Kürzlich erschien der Sonderband der Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (TUP) zum Thema Digitalisierung. Der Band fragt danach, inwieweit die sozial-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Folgen und Herausforderungen der Digitalisierung ernst genommen und nicht auf die Frage von Kupfer- oder Glasfaserkabeln reduziert werden. Ob technologische Entwicklungen die Menschen bereits fest im Griff haben oder noch nicht. Ob die oft dahinterstehende ökonomische Logik so dominant ist, dass die sozialen Konsequenzen (wachsende soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Ausgrenzung) in Kauf genommen werden. Diese und andere Fragen werden mit Blick auf die Folgen von Digitalisierung für Gesellschaft und Soziale Arbeit von Autor*innen wie Oskar Negt, Philipp Staab, Petra Grimm, Sina Arnold und vielen anderen analysiert und diskutiert. Die TUP ist eine der führenden Fachzeitschriften in den Feldern der Sozialen Arbeit. Die Fachzeitschrift der AWO erscheint 4 x jährlich + 1 Sonderband, jeweils im Februar, April, Juni, September und Dezember.

➔ Der Band ist unter www.beltz.de zu bestellen
Peter Kuleba 030/263094553
tup@awo.org

HISTORISCHES PORTRÄT

Sidonie (Siddy) Wronsky 1883–1947

Siddy Wronsky zählte 1920 zu den Mitgliedern des Beirats des Hauptausschusses der AWO und leitete später die Fachkommission für literarische Arbeiten und Archivwesen. Die Pädagogin und Lehrerin engagierte sich in der AWO und der jüdischen Wohlfahrtspflege; sie war Vorstandsmitglied in der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Nicht nur in ihrer Rolle als Leiterin des Archivs für Wohlfahrtspflege in Berlin gestaltete sie Fachdiskussionen. Sie veröffentlichte diverse Artikel und Fachpublikationen und unterrichtete zeitweilig an der von Alice Salomon gegründeten Wohlfahrtsschule in Berlin. 1934 emigrierte Siddy Wronsky nach Jerusalem und prägte dort fortan die Soziale Arbeit.

➔ Weitere Informationen im Historischen Archiv der AWO
www.awo-historie.org





ALTER

Gemeinsam gegen Armut und Ausgrenzung

Die Zahl der von Armut betroffenen alleinerziehenden und kinderreichen Familien, Senior*innen und Menschen mit Migrationshintergrund steigt. Auch Arbeit schützt längst nicht mehr generell vor Armut. Tafel Deutschland, AWO, Caritas, Diakonie und der Paritätische Gesamtverband fordern in einer gemeinsamen Erklärung die Politik auf, sich stärker gegen Armut und Ausgrenzung einzusetzen:

■ Die Regelsätze in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, in der Sozialhilfe und im Asylbewerberleistungsgesetz müssen nicht nur das physische Existenzminimum abdecken, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglichen.

■ Die Unterzeichnenden plädieren für eine Neuberechnung und einheitliche Gewährleistung des Existenzminimums, das es Kindern und Jugendlichen in allen Lebensphasen bis zur Volljährigkeit ermöglicht, in materieller Sicherheit aufzuwachsen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

■ Die Politik muss dafür sorgen, dass kein junger Mensch ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung bleibt. Denn hierdurch entscheidet sich bereits im jungen Alter, wer zu den armen und armutsgefährdeten Menschen von morgen gehört.

■ Die Alterssicherung muss auf ein solides Fundament gestellt werden, damit Menschen im Alter die Sicherheit haben, nicht in Armut zu geraten.

■ Die Unterzeichnenden erwarten von den politisch Verantwortlichen, dass die Herausforderung Integration ernst genommen wird – und allen Menschen gleichermaßen die Teilhabe in der Gesellschaft ermöglicht wird.

Die Tafelbewegung existiert seit 25 Jahren. Etwa 60 Prozent der Tafeln in Deutschland sind Initiativen und Einrichtungen in Trägerschaft der an dieser Erklärung beteiligten Wohlfahrtsverbände und anderer Verbände.

➔ info@awo.org

100 JAHRE AWO

Bald beginnt das Jubiläumsjahr

Jubiläumswebseite, Werbeartikel und Publikationen sind erstellt. Die Webseite www.100jahreawo.org wird im Zentrum der begleitenden Kampagne stehen. Am 15. Januar 2019 findet in Berlin der Neujahrsempfang statt; der offizielle Start in das Themenjahr. In Heft 1-2019 werden wir darüber berichten. Auf der Webseite zeigt ein Veranstaltungskalender bundesweit alle Aktivitäten zum Jubiläumsjahr, einige Kampagnenmaterialien können heruntergeladen und Blogartikel, Videos, Hinweise auf Publikationen usw. platziert werden. Wichtigstes Prinzip der Jubiläumswebseite ist die Ausrichtung auf die Beteiligung der Gliederungen, Einrichtungen und AWO-Engagierten. In ganz Deutschland wird es über ein Jahr monatelang intensive Aktivitäten geben – auf der Kampagnenwebseite sollen diese zusammenfließen und die breite Vielfalt und Themen der AWO gezeigt werden.

➔ Weitere Informationen unter www.100jahreawo.org
Berit Gründler 030/26309445



WOHLFAHRTSMARKEN

Neue Weihnachtsmarken erhältlich



»Mit Licht gemalt – Weihnachten im Kirchenfenster« ist ein Ausschnitt aus den von Marc Chagall geschaffenen Kirchenfenstern von St. Stephan in Mainz. Nach der völligen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg und dem folgenden Wiederaufbau wurde St. Stephan zu einem Symbol christlich-jüdischer und deutsch-französischer Versöhnung. Der in Russland geborene, im Krieg vor den Deutschen geflohene und schließlich in Frankreich lebende jüdische Künstler Marc Chagall gestaltete dort von 1976 bis 1985 neun künstlerisch wie theologisch einmalige Kirchenfenster. Sie sind ein Zeugnis der Versöhnung zwischen Gott und den Menschen wie auch von der Versöhnung der Menschen untereinander.

➔ Berit Gründler 030/26309445

MIGRATION

Neue Qualität im BAMF muss sein

Die AWO begrüßt die Initiative für ein umfassendes Qualitätsmanagement im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Bereits im November 2016 hat die AWO zusammen mit anderen Wohlfahrtsverbänden, Anwalts- und Richtervereinigungen sowie Menschenrechtsorganisationen in einem Memorandum für faire und sorgfältige Asylverfahren in Deutschland auf bestehende Probleme im Asylverfahren hingewiesen und umfangreiche Vorschläge vorgelegt, wie Asylverfahren qualitativ verbessert werden können. »Eine Qualitätsoffensive für das BAMF ist dringend erforderlich. Die Einhaltung der im Europa- und Verfassungsrecht festgeschriebenen Verfahrensgarantien und Qualitätsstandards muss systematisch gesichert werden. Dies ist unerlässlich, wenn man den Schutz von Asylsuchenden sicherstellen und Fehlentscheidungen vermeiden möchte«, betont AWO-Vorstandsmitglied Brigitte Döcker. Zu einem qualitativen Verfahren gehören auch gut informierte Asylsuchende. Ihnen muss darum der Zugang zu staatlich unabhängiger, kostenloser und qualifizierter Verfahrensberatung ermöglicht werden. Grundlage dafür ist, dass den Betroffenen ein Zeitraum von mindestens zwei Wochen zwischen ihrer Registrierung als asylsuchend und der tatsächlichen Asylantragsstellung zur Verfügung steht.

➔ Katharina Vogt
katharina.vogt@awo.org



HELFEN SIE!

**Das Engagement in Uganda ausbauen:
Unterstützen Sie uns dabei!**

➔ Spendenkonto AWO International e. V.
Stichwort: »Afrika«
IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00
BIC: BFSWDE33BER

AWO INTERNATIONAL

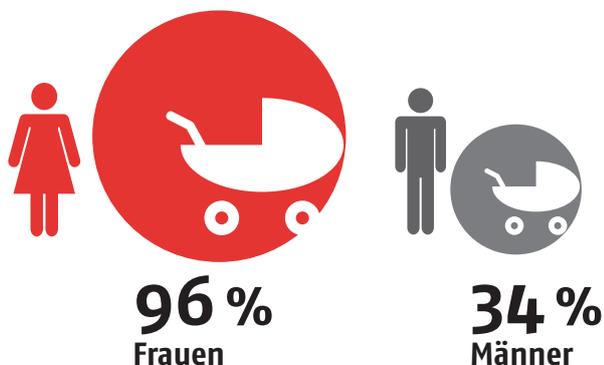
Ab 2019 auch in Afrika engagiert

Die Ernährungssituation in vielen Ländern Ost- und Zentralafrikas bleibt ernst. Auch in Uganda. Dennoch nimmt das Land Menschen aus den Nachbarländern auf: Mehr als eine Million Geflüchtete leben in Uganda. Mit seinem Hilfsprojekt trägt AWO International dazu bei, dass 14.000 Kinder und Jugendliche mit Schulmahlzeiten versorgt werden und die Hygienesituation verbessert wird.

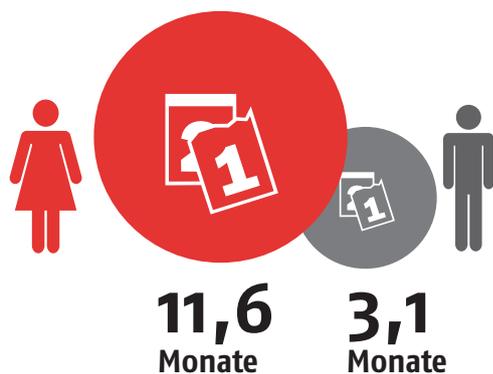
Darüber hinaus wird AWO International sein Engagement in Uganda ausbauen. In den neuen Projekten soll die Situation von Familien, die von Unter- und Mangelernährung betroffen sind, verbessert werden. Zudem wird die soziale und wirtschaftliche Integration von Geflüchteten im Land unterstützt. Dabei wird wie immer eng mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengearbeitet.

➔ Weitere Informationen www.awointernational.de
mail@awointernational.de

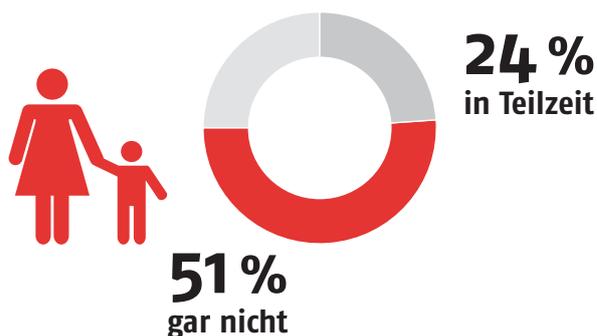
Elternzeit nahmen 2014 von den Erwerbstätigen ...



Die durchschnittliche Dauer der Elternzeit betrug ...



Von den Frauen in Partnerschaften mit Kindern unter drei Jahren sind berufstätig ...



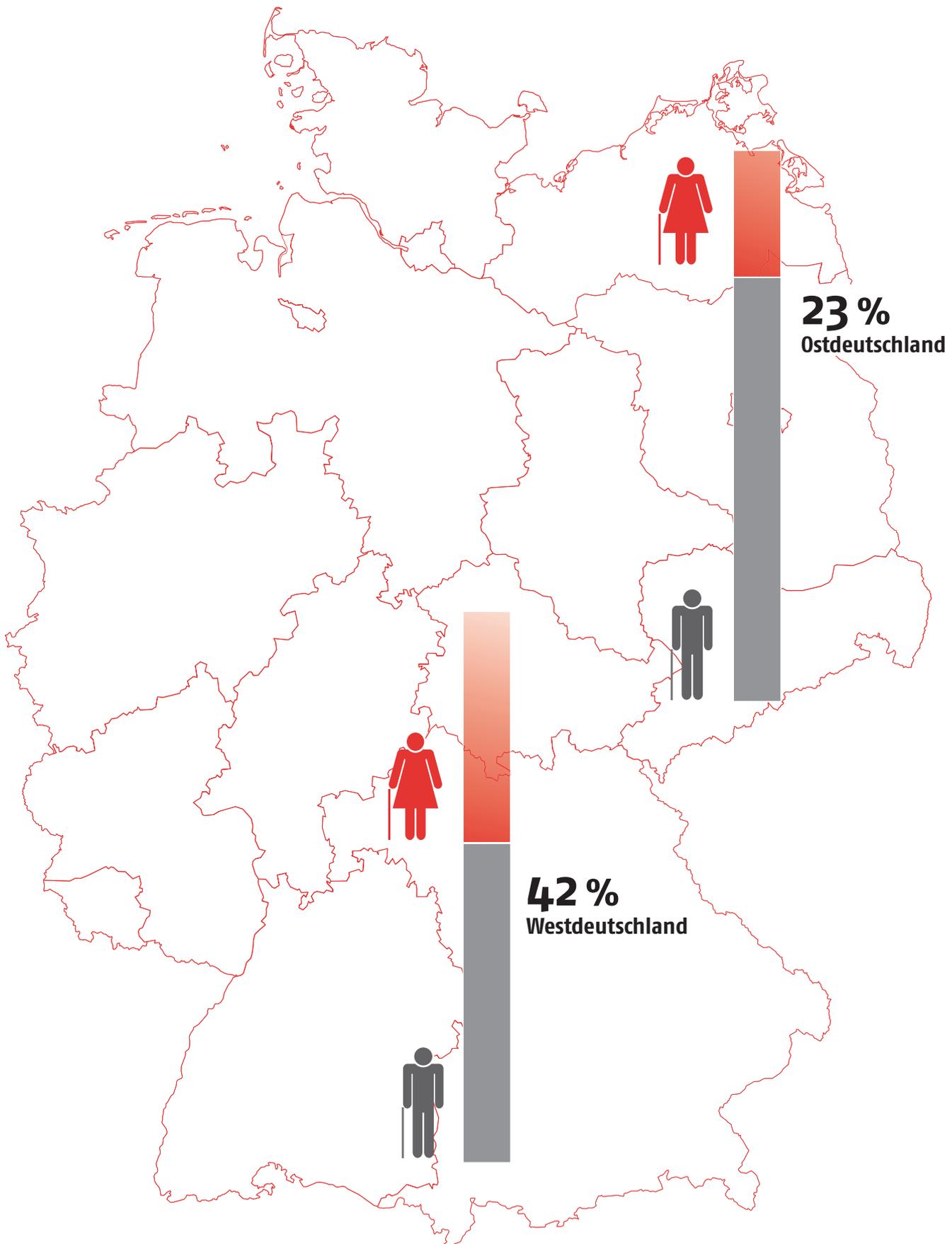
Geschlechtergerechtigkeit auch im Alter

Im Durchschnitt erhalten Frauen in Deutschland immer circa 21 Prozent weniger Gehalt. Hier könnte die Einführung eines Tarifvertrag Soziales große Abhilfe schaffen. Darüber hinaus gibt es in Sachen Gleichstellung am Arbeitsmarkt noch viel zu tun. Neben dem weiterhin notwendigen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung werden Arbeitszeitmodelle benötigt, die es Frauen und Männern ermöglichen, eine Führungsposition mit Familienaufgaben in Einklang zu bringen. Dazu gehört es auch, dass Elternzeit oder Teilzeit eben für beide Geschlechter Normalität werden. Es ist immer noch so, dass in den meisten Fällen die Frauen das Gros an bezahlter Elternzeit in den ersten 14 Monaten nach der Geburt eines Kindes nehmen, um dann anschließend zumeist in Teilzeit weiterzuarbeiten. Beides wirkt sich negativ auf die Versorgung im Alter der betroffenen Frauen aus. Die Kluft zwischen Männern und Frauen ist beim Alterseinkommen noch größer als bei den Löhnen. Dies ist unakzeptabel. Erforderlich ist ein Umdenken. Überspitzt gesagt: Elternzeit und Teilzeit ist nicht gleich weiblich. Dies sollte in Wirtschaft und Gesellschaft endlich entsprechend anerkannt werden.

Weiblich sind von den Teilzeitbeschäftigten ...



Riesige Rentenlücke
Bei den Alterseinkommen beträgt der Rückstand
der Frauen gegenüber den Männern ...



Etwa

860.000

Menschen

in Deutschland waren laut Schätzungen der BAG Wohnunglosenhilfe (BAG W) 2016 ohne Wohnung. Seit 2014 ist dies ein Anstieg um ca. 150 %.

300.000

Erzieher*innen

fehlen bundesweit bis 2025, so die aktuellen Vorhersagen des 7. Bildungsberichtes von Bund und Ländern, der 2018 erschienen ist.



83

Jahre
war laut Datenreport 2018 im
Jahr 2015 die erwartete Lebens-
dauer für Frauen. Davon waren
3,8 Jahre in Pflege.



Mehr soziale Politik

Die Tatsachen sind bekannt: Kinder- und Altersarmut, unbezahlbarer Wohnraum, steigende Kosten im Gesundheitswesen und der Pflege, Unsicherheiten am Arbeitsmarkt. Zeit für Ideen und eine Politik, die diese Herausforderungen entschlossen und sozial gerecht anpackt.

Politik muss sozialer werden

AWO-Bundsvorsitzender Wolfgang Stadler skizziert die Herausforderungen und notwendigen Maßnahmen für eine sozial gerechtere Politik der Zukunft.

AUTOR WOLFGANG STADLER

Als seit Mitte dieses Jahres von einem »Gute-KiTa-Gesetz« gesprochen wurde, mutete dies zunächst befremdlich an. Wieso muss ein normales Gesetz in der heutigen Zeit als sogenannten Claim »gute« in sich tragen? Muss nicht jedes Gesetz schlicht und einfach gut sein? Das Fatale: Es liegt im Sinne der Betroffenen nicht einmal ein rundum guter Gesetzentwurf vor.

Der Bund ist gefordert

Im Rahmen des »Gute-KiTa-Gesetzes« haben daher die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Gewerkschaften die Initiative »Qualitäts-

versprechen einlösen« gegründet. Sie fordern die Fraktionen des Deutschen Bundestags auf, im laufenden Gesetzgebungsverfahren entsprechende Änderungsanträge einzureichen, die eine dauerhafte Beteiligung des Bundes und eine Finanzierung über ein Sondervermögen sicherstellen. Entscheidend ist es, die Qualität der Betreuung in Kitas zu gewährleisten. Die Unterschiede in der Betreuung von Land zu Land sind weder den Kindern noch den Eltern gegenüber erklärbar. Betreuungsqualität darf nicht vom Wohnort abhängen. Daher bedarf es bundeseinheitlicher Standards. Eine qualitativ gute Kinderbetreuung kann nur mit



einer hohen Anzahl an gut ausgebildeten Fachkräften umgesetzt werden, doch in dem benötigten Umfang gibt es diese nicht. Nötig ist ein Kurswechsel: Ohne eine angemessene Attraktivitätssteigerung der frühkindlichen Förderung wird der Erzieher*innenmangel immer größer. Ein wichtiger Lösungsansatz ist eine deutlich verbesserte Bezahlung. Es muss für junge Menschen wieder attraktiv werden, sich für den Erzieher*innenberuf zu entscheiden. Wie generell der Familienpolitik eine höhere Priorität in Deutschland eingeräumt werden sollte. All dies können Länder und Kommunen auf Dauer nur mit Unterstützung des Bundes. Denkt man an die Schuldenbremse, die in den Bundesländern bald die Haushaltspolitiken bestimmen wird, ist dies umso dringender geboten.

Ernste Zeiten fordern seriöse Antworten

Das Vorhaben »Gute-KiTa-Gesetz« passt irgendwie aber auch in das zurückliegende politische Jahr. Erst die lange Suche nach einer Bundesregierung. Nun eine Regierung, auf die keiner der Beteiligten, vor allem große Teile der SPD, richtig Lust hat; eine Regierung, die es nicht wirklich schafft, erkennbar zu zeigen, warum und in welche Richtung sie handeln möchte, und stattdessen an Personalfragen (Maaßen) beinahe auseinanderbricht. Dabei stehen weiterhin immense sozialpolitische Herausforderungen auf der Tagesordnung. Die Fragen nach bezahlbarem Wohnraum, bezahlbarer Pflege und Gesundheitsangeboten oder Sicherung im Alter sind virulenter denn je. Die AWO weist seit Jahren darauf hin und hat dies auch in den zurückliegenden Monaten in Veröffentlichungen zu den Themen Rente, Pflege, Kita und Wohnen immer angemerkt. Eines ist dabei ebenso klar: Es geht bei den genannten Themen darum, wie der Staat so ausgestattet wird, dass er seiner sozialen Verantwortung und seinen Pflichten nachgehen kann. Es geht nicht darum, wie die*der Einzelne es schafft, politische Versäumnisse abzufedern, um soziale Sicherheit zu spüren. Ich spreche dabei etwa von Gebührenfreiheit in der Kita; über ein angemessenes Rentenniveau oder Pflegeangebote, die sich jede*r leisten können muss.

Teilhabe statt Armut

Untersuchungen zeigen Jahr für Jahr, dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden. Die Armutsgefährdungsquote liegt auch seit Jahren über 15 Prozent der Bevölkerung. All das hat nichts mit den immer ins Feld geführten Hinweisen auf die seit 2015 gestiegenen Flüchtlingszahlen zu tun. Es basiert auf einer verfehlten Sozialpolitik über die letzten Jahre. Eine der zentralen Herausforderungen ist die gerechte und angemessene Entlohnung. Nur so kann den Menschen eine angemessene Teilhabe am Alltag ermöglicht werden. Nur so kann es zu einer angemessenen Festlegung der Hartz-IV-Regelsätze kommen. Das Argument: Die Löhne sind vielfach so niedrig und deshalb dürfen Arbeitslosengeld-II-Empfänger*innen nicht so viel erhalten, ist zynisch. Es redet einer Lohnabwärtsspirale das Wort. Und dies kann ernsthaft keiner wollen. Mit Interesse muss in diesem Zusammenhang beobachtet werden, wie die SPD sich eine neue Sozialstaatspolitik jenseits von Hartz IV vorstellt. Die Ankündigung, »Hartz IV hinter sich zu lassen«, klingt vielversprechend; jetzt müssen Vorschläge und Taten folgen, die einen spürbaren Fortschritt für die Betroffenen bedeuten.

Nicht minder wichtig ist die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Hier wurde mit dem kürzlich beschlossenen Teilhabechancengesetz ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht. Dieses Gesetz war überfällig. Menschen, die lange Zeit ohne eine reguläre Beschäftigung sind, können ohne spezielle Maßnahmen nicht so einfach in den Arbeitsmarkt zurückkommen. Für Langzeitarbeitslose ist das Gesetz eine Chance, wieder am Berufsleben teilhaben zu können. Besonders hervorzuheben ist die Orientierung des Lohnkostenzuschusses am Tariflohn. Mit der Tariflohnorientierung hat der Gesetzgeber die Grundvoraussetzung dafür geschaffen, dass sich viele Arbeitgeber daran beteiligen könnten. Kritisch bleibt unter anderem die Zielgruppendefinition. Hier wird noch eine Weiterfassung und eine stärkere Berücksichtigung individueller Bedarfe der Menschen gefordert. Es geht um die Zukunft unseres Sozialstaats. Sein Erhalt und sein Funktionieren sind wichtiger denn je, um die gesellschaftlichen Spaltungen zu überwinden. Die AWO wird ihren Beitrag mit ihren Angeboten und Dienstleistungen dazu leisten. ❤

➔ **Wolfgang Stadler**
vorsitzender@awo.org

»Betreuungsqualität darf nicht vom Wohnort abhängen.«

Menschenrecht Wohnen

Unter dem Titel »Wohnen.Menschen.Recht - Wohnraum ist Lebensgrundlage und keine Ware« hat das Präsidium des AWO Bundesverbandes eine Stellungnahme veröffentlicht, die sich mit den existenziellen Herausforderungen für ein zukunftsgerichtetes Wohnen befasst. Lesen Sie im Folgenden Auszüge. Die gesamte Fassung ist unter www.awo.org abzurufen.

AUTORINNEN BRIGITTE DÖCKER, ANNA DROSTE-FRANKE, SOPHIE SCHWAB

25.000 Menschen machten Mitte April 2018 in Berlin ihrem Ärger Luft und setzten ein Zeichen dafür, dass sich die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt ändern. Viele von ihnen befürchten, sich durch Mieterhöhungen ihre Wohnung bald nicht mehr leisten zu können, andere hätten eigentlich Anspruch auf eine Sozialwohnung, allerdings fehlen die Angebote. Die Wohnung, das Zuhause ist von existenzieller Bedeutung für jeden Menschen. Für das Gefühl, beheimatet zu sein und zu wissen, wo man hingehört, sind die eigenen vier Wände grundlegend. Die Vorstellung, bei Bedarf keine bezahlbare Wohnung zu finden, ist bedrohlich und erschreckend und verursacht erhebliche Existenzängste.

Kaum bezahlbarer Wohnraum

In den verschiedenen Ballungsgebieten, aber auch in manchen ländlichen Regionen Deutschlands ist die Entwicklung vergleichbar: Die Mieten steigen in horrende Höhen und es gibt kaum mehr bezahlbaren Wohnraum. Dies ist für fast alle Bevölkerungsgruppen zu einem großen Problem geworden. Für jene, die sich am untersten Rand der Einkommensverteilung befinden, stellt dies eine quasi unüberwindbare Hürde dar. Alleinerziehende, ältere Menschen mit geringer Rente, Studierende und Auszubildende wie auch Geflüchtete, ALG-II-Empfänger*innen oder Familien mit Kindern oder geringem/mittlerem Einkommen, sie alle haben keinerlei Chancen auf dem derzeitigen

Wohnungsmarkt. Die Situation ist nicht nur für Privatpersonen schwierig, sondern auch für alle Träger Sozialer Arbeit, die auf Wohnungen, Unterkünften und/oder Räumlichkeiten zur Umsetzung ihrer Dienste und Angebote angewiesen sind. Beispielsweise Träger von Frauenhäusern oder Notunterkünften für wohnungslose und suchtkranke Menschen, Seniorenheimen und Wohngemeinschaften, in denen etwa Jugendliche mit psychischen Problemen betreut werden, finden kaum noch Räumlichkeiten in geeigneter Lage.

Wohnen als Menschenrecht

Das Recht auf Wohnen wurde vor vielen Jahren international als verbrieftes Menschenrecht anerkannt. Als Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard ist es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in dem von Deutschland ratifizierten UN-Sozialpakt von 1966 (seit 1976 in Kraft) fest verankert. Das Menschenrecht auf Wohnen fordert die hinreichende Verfügbarkeit und den Schutz angemessenen Wohnraums, einen offenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Wohnraum sowie eine menschenwürdige Wohnqualität und Wohnlage.

Weg vom Profitdenken

Das Wohnen gestaltet sich überwiegend durch die Regularien des Marktes, orientiert sich also an Gewinnen und Profiten anstatt nach dem Bedarf der Menschen: Gut 40 Prozent der deutschen Großstadt-Haushalte müssen laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung (2018) mehr als 30 Prozent ihres Einkommens aufbringen, um ihre Miete zu begleichen. Eine Mietbelastungsquote von über 30 Prozent gilt als schwierig, weil nach Abzug der Miete kaum noch Geld für die restlichen Lebenshaltungskosten übrig bleibt. Dies gilt selbstverständlich insbesondere für diejenigen mit gerin-

»Das Recht auf Wohnen wurde vor vielen Jahren international als verbrieftes Menschenrecht anerkannt.«



»Großstadt-Haushalte müssen laut einer Studie mehr als 30 Prozent ihres Einkommens aufbringen, um ihre Miete zu begleichen.«

gem Einkommen. Auch Vermieter*innen ziehen hier mittlerweile eine Grenze und vermieten eine entsprechend teure Wohnung an eine bestimmte Klientel erst gar nicht, weil sie befürchten, dass sich diese Mieter*innen die Wohnung auf Dauer nicht leisten können. Etwa 1,3 Mio. Haushalte der untersuchten 77 Großstädte (mit mehr als 100.000 Einwohner*innen) haben nach Abzug der Bruttokaltmiete ein Resteinkommen, das unterhalb der Hartz-IV-Regelsätze liegt. 5,6 Mio. Haushalte benötigen derzeit eine Sozialwohnung. Doch es stehen nur ca. 1,3 Mio. Sozialwohnungen zur Verfügung. Die Situation wird sich voraussichtlich sogar noch verschärfen, sodass 2018 etwa 536.000 Menschen wohnungslos sein werden.

Zweifel an Mietpreisbremse

Im Sommer 2015 unternahm die damalige Bundesregierung einen ersten Versuch, den angespannten Wohnungsmarkt in den Griff zu bekommen. Zum 1. Juni 2015 ist das Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung (Mietrechtsnovellierungsgesetz – MietNovG), die sogenannte Mietpreisbremse, in Kraft getreten: Bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen darf die zulässige Miete in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete zuzüglich 10 Prozent angehoben werden. Die Länder wurden ermächtigt, für höchstens fünf Jahre Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt auszuweisen. Die Mietpreisbremse gilt jedoch nicht, wenn auf eine Wohnung eine der folgenden Ausnahmeregelungen zutrifft: Die*der Vermieter*in hat schon mehr bezahlt, als dies aufgrund der Mietpreisbremse zulässig wäre, bei der Wohnung handelt es sich um einen Neubau oder die Wohnung wurde umfassend renoviert.

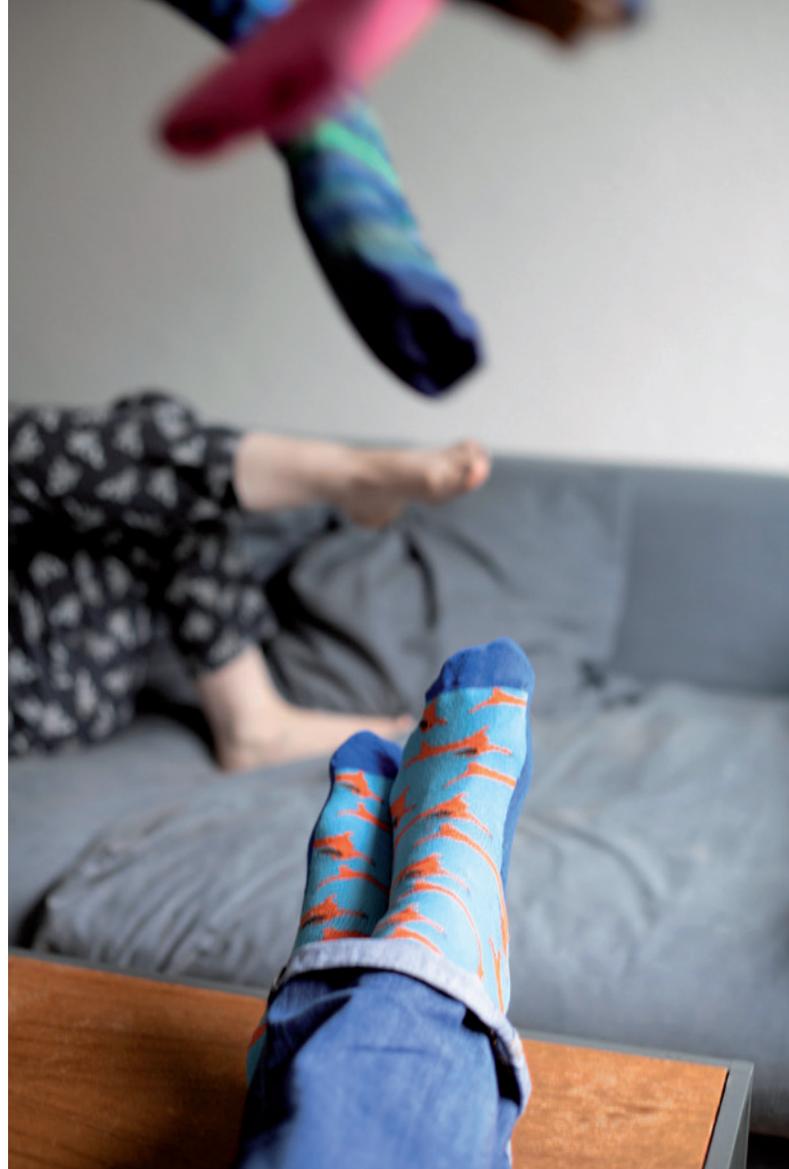
In der Praxis zeigen die Regelungen der Mietpreisbremse aus verschiedenen Gründen nicht die gewünschte Wirkung: Ein Großteil der Vermieter*innen hält sich nicht an die gesetzlichen Regelungen. Zudem können Mieter*innen oft nicht erkennen, ob ihr*e Vermieter*in gegen die Mietpreisbremse verstößt, auch weil Vermieter*innen bei einer Neuvermietung nicht verpflichtet sind, die bisherige Miete anzugeben. Die Mieter*innen sind angesichts der angespannten Lage erleichtert, überhaupt eine Wohnung gefunden zu haben, und gehen deshalb nicht gegen zu hohe Mieten vor.

Seit Einführung der Mietpreisbremse gibt es deshalb die Forderung, z.B. des Deutschen Mieterbundes, die Mietpreisbremse anzupassen, um die Mieten realitätsnäher abzubilden und durch die »eingebaute Systematik rasant steigende Mieten« zu verhindern.

Was zu tun ist

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, doch in einer Wohnung zu leben, die den eigenen Bedürfnissen entspricht und zugleich bezahlbar ist, wird für immer mehr Bürger*innen zu einem kaum zu verwirklichenden Traum. Die AWO fordert vor allem drei Maßnahmen gegen die Wohnungsnot: ein höheres Wohngeld, eine wirksamere Mietpreisbremse und einen verstärkten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen sollten darüber hinaus entschlossen von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und hiermit bezahlbare Wohnungen sichern. Zugleich muss die zunehmende Wohnungsnot der Einrichtungen und Dienste sozialer Träger ernst genommen werden. Diese fallen unter das Gewerbemietrecht, dabei stellen sie doch dringend notwendige soziale Angebote und Infrastruktur bereit, wie Beratungsstellen, Räume für Betreuungsvereine sowie für therapeutische Zwecke, und müssen vor Verdrängung geschützt werden. Grundsätzlich kann das Thema Wohnen aus Sicht der AWO nicht betrachtet werden, ohne auch die angrenzenden Aspekte der Daseinsvorsorge zu berücksichtigen. Die AWO fordert deshalb, Energie- und Wasserpreise sozial auszugestalten, da diese unmittelbar an bezahlbares Wohnen anknüpfen. Außerdem müssen auch soziale Leistungen, wie das Wohngeld und die Kosten der Unterkunft und Heizung, regelmäßig an die Lebensrealität der Menschen angepasst werden. Zudem fordert die AWO, die öffentlichen Investitionen des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu stärken und den Rückgang des Angebots an Sozialwohnungen zu stoppen.

»Die AWO fordert vor allem drei Maßnahmen gegen die Wohnungsnot: ein höheres Wohngeld, eine wirksamere Mietpreisbremse und einen verstärkten sozialen Wohnungsbau.«



Ebenso sollte die Bodenspekulation eingedämmt werden. Derzeit schlagen sich Spekulationsgewinne in Bau- und Mietpreisen nieder, was zu großen sozialen Problemen führt und die Lage auf dem Wohnungsmarkt verschärft.

Eine mutige, konzertierte Strategie aus Wirtschaftsförderung, Sicherung der Verkehrsanbindung, Infrastrukturförderung für ländliche Regionen kann eine Alternative entwickeln zum Zug in die Städte. Eine solche Strategie mit Zukunftsvision des hochwertigen Wohnens im ländlichen Raum würde für viele eine attraktive Alternative bieten, wenn sie denn mit Arbeitsplätzen, guter Daseinsvorsorge, Infrastruktur als Grundlage für Lebensqualität verbunden wäre. Hier müssten Verantwortliche in Kommunen, Ländern und Bund zusammenwirken. Die große Sorge der Menschen, auch morgen noch ein bezahlbares Zuhause zu haben, müsste Herausforderung genug sein. ❤️

➔ Anna Droste-Franke 030/26309406
anna.droste-franke@awo.org

Armutskreislauf durchbrechen



Uwe Frensel kennt sich in und um Lauenburg wie kein Zweiter aus in Fragen zum Leben im Alter. Ein Interview zu den Ursachen von Altersarmut und deren Bekämpfung.

INTERVIEW PETER KULEBA

Herr Frensel, was »macht« Altersarmut mit den Betroffenen? Was sind Ihre Erfahrungen aus Ihrer Arbeit mit und für die Menschen vor Ort?

FRENSEL Altersarmut ist zunächst einmal ein Mangel an finanziellen Mitteln zur weiteren bisher praktizierten Teilhabe der Betroffenen am Gemeinschaftsleben. Mangel an Teilhabe ist wiederum immer auch Mangel an sozialen Kontakten, Mangel an Beteiligung. Betroffene ziehen sich zurück; sie nehmen nicht mehr teil, oder nur sehr eingeschränkt, am Leben in der Gemeinschaft; sie schämen sich für ihren sozialen Status und haben Angst vor Ausgrenzung und Einsamkeit. Das gelieferte Mittagessen des Menüservices muss dann schon einmal für zwei Tage reichen. »Ich esse ja nicht mehr so viel«, hörte ich oft als Begründung; und die Tasse Kaffee beim Spielesonntag reichte dann für den Tag.

Was sind die zentralen Gründe für Armut im Alter?

FRENSEL Wer als Kind arm war, wird es auch als Erwachsener sein. Diesen Mechanismus können auch staatliche Unterstützungs- und Hilfsprogramme nicht durchbrechen, sie mildern lediglich die Folgen. Altersarmut ist im System angelegt und das ist auch bekannt. Die Befriedigung der Primärbedürfnisse, nach Bekleidung (Kleiderkammern), nach Essen (Tafeln), nach Wohnen (Wohnformen im Alter) wird mit zunehmendem Alter schwierig.

Wie könnte eine gesetzliche Rentenpolitik helfen, Altersarmut zu verhindern?

FRENSEL Das Rentensystem ist ja nur der letzte Abschnitt gesellschaftlicher Anerkennung einer persönlichen Lebensleistung. Wer viel verdient hat, bekommt auch viel Rente! Dieses Alleinstellungsmerkmal gesellschaftlicher Wertschätzung ist zu durchbrechen. Rentenpolitik muss auch die Lebensleistung des Einzelnen für das Gefüge der Gesamtgesellschaft im Auge haben und dieses abbilden. Ausgrenzungsfaktoren wie eine geringe finanzielle Ausstattung im Alter gehören auf den Prüfstand. Rentenpolitik soll gerecht die

Noch mehr tun

AWO-Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler zum kürzlich beschlossenen Rentenpaket der Bundesregierung:

»Mit dem kürzlich verabschiedeten Rentenpaket löst die Bundesregierung zentrale rentenpolitische Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein. Die doppelte Haltelinie bedeutet für Rentnerinnen, Rentner und rentennahe Jahrgänge, dass sie sich darauf verlassen können, dass das Rentenniveau bis zum Jahr 2025 nicht unter 48 Prozent sinkt. Das kann allerdings nur der Anfang sein. Es muss auch langfristig gewährleistet sein, dass das Rentenniveau nicht ins Bodenlose sinkt. Die Rente muss auch langfristig sicherstellen, dass Versicherte nach einem erfüllten Erwerbsleben ihren Lebensstandard weitgehend aufrechterhalten können.

Um das Problem »Armut durch Erwerbsminderung« in den Griff zu bekommen, braucht es allerdings weitergehende Maßnahmen. Zum einen müssen die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten wieder abgeschafft werden. Zum anderen müssen auch diejenigen Erwerbsminderungsrentner*innen, die bereits eine Rente beziehen, in den Genuss der Leistungsverbesserungen kommen. Damit die Bestandsrentner*innen nicht schon wieder leer ausgehen, muss es für sie eine pauschale Leistungsverbesserung geben (...).«

➔ Ragnar Hoenig 030/26309201
Ragnar.hoenig@awo.org

Leistungen der Menschen bewerten/belohnen, aber nicht nur unter dem Aspekt eingezahlter Steuern und Abgaben. Künftige Rentenpolitik muss auch die Grundversorgung der Menschen des letzten Lebensabschnittes stärker im Fokus haben; Rentenpolitik solitär nur an den eingezahlten Beiträgen in die Sozialversicherungskassen zu bemessen, ist kurzfristig. Die Rente ist auch nur ein Faktor neben einer vernünftigen Ausstattung für bezahlbaren Wohnraum, mit einer medizinischen Versorgung etc. Die Menschen müssen in die Lage versetzt werden, ihren Lebensabend auch vernünftig selbst bezahlen zu können.

»Ausgrenzungsfaktoren wie eine geringe finanzielle Ausstattung im Alter gehören auf den Prüfstand.«

Was sind die wesentlichen Herausforderungen für einen Wohlfahrtsverband wie die AWO, um Altersarmut zu bekämpfen?

FRENSEL Wohlfahrtsverbände wie die AWO sind in einer besonderen Verantwortung zur genauen Beschreibung des Ist-Zustandes. Die veröffentlichten Armutsberichte zur Kinder- und Altersarmut sind bislang Situationsbeschreibungen eines gesellschaftlichen Zustandes im Jahr X. Sie müssen aber zum Gradmesser des sozialpolitischen Regelkreises werden, damit politisches Handeln angepasst werden kann. Es bedarf des Schulterschlusses aller Wohlfahrtsverbände und der Kirchen, die oftmals näher an den Menschen vor Ort sind als die Politik, um Maßnahmen zu erzwingen. Die AWO ist hier sicherlich in ihrer 100-jährigen Geschichte eine der ersten Gruppierungen, die gesellschaftliche Schief lagen angeprangert und gleichzeitig Möglichkeiten aufgezeigt hat, Dinge wieder ins Lot zu bringen. ❤



UWE FRENSEL

Uwe Frensel war über 40 Jahre ehrenamtlich und 27 Jahre hauptamtlich bei der AWO.

➔ Uwe Frensel UFrensel@t-online.de

Pilot-Kitas Kivobe in Oberbayern

- Kinderhort Penzberg
- Kinderhaus Straßäckerallee 11, Unterföhring
- Kinderhaus Mäuseburg, Pullach
- Kinderkrippe Sternentor, Fürstenfeldbruck
- Kinderhort am Wald, Taufkirchen
- Kinderhort Wasserflöhe, Gröbenzell
- Kinderhort Mogli, Puchheim
- Kinderhaus Tausendfüßler, Maisach



Kindern vorurteilsbewusst begegnen

Seit 2017 beteiligt sich die AWO Oberbayern zusammen mit der AWO Thüringen und dem Bundesverband an einem Qualifizierungsprojekt für Kita-Personal zum vorurteilsbewussten Umgang mit Kindern. Ein erster Einblick in die Projektpraxis in Oberbayern.

AUTORIN MICHAELA LICHTBLAU

Die Bubentoiletten sind wieder einmal unter Wasser gesetzt und jede*r weiß sofort, wer das angestellt hat. Oder besser gesagt, glaubt es zu wissen. Das süße Mädchen mit den blonden Locken und den blauen Augen schließt »man« sofort ins Herz, während der dicke schwarzhaarige Junge mit den etwas eng stehenden Augen erst darum kämpfen muss. Barbies sind auch heute noch schlanke und schöne Anzieh-Puppen, während Playmobil-Männchen als gestandene Ritter, Bauarbeiter oder Polizisten die Spielzeugkisten bevölkern.

Stereotype Darstellungen und Einschätzungen in Bezug auf Alter, Geschlecht, Aussehen, Herkunft, Sprache, Religion und Einkommen werden in unserer Gesellschaft sicher nie völlig verschwinden. Manchmal sind sie einem bewusst, meistens aber beeinflussen sie – befördert durch Medien und Werbung – unbewusst unser Denken und Handeln und keiner ist davor gefeit. Denn das menschliche Gehirn funktioniert nur mit einer gehörigen Portion »vor-schnellem« Denken. Vorurteile gehören also zum Alltag. Die meisten sind negativ, aber zum Glück weit unterhalb der Schwelle, die das Gesetz als Diskriminierung definiert und ahndet.

Auch pädagogische Fachkräfte begegnen anderen nicht vollkommen vorurteilsfrei. Sie werden wie alle Menschen durch ihre biografischen Erfahrungen und Erlebnisse und durch gesellschaftliche Strömungen beeinflusst. Ihre Wertevorstellungen haben aber Folgen für ihre berufliche Praxis und die Regeln in der Kita. Obwohl Pädagog*innen besonders geschult darin sind, persönliche Vorlieben und Abneigungen und berufliche Anforderungen zu trennen, sollte das Personal sich selbst und den Kita-Alltag regelmäßig nach unbewussten Klischees, Stereotypen und Vorurteilen abklopfen. Denn jedes Kind entnimmt seiner Umwelt Bot-

schaften und wird so ebenfalls mit stereotypen Vorstellungen und negativen gesellschaftlichen Wertungen konfrontiert.

Anders ausgedrückt spüren Kinder sehr früh, was ihre Umgebung für »normal« und »gut« hält und was nicht. Mit drei Jahren unterscheiden sie z.B. zwischen hell- und dunkelhäutigen Menschen und reagieren auf Behinderung. Ab vier Jahren nehmen sie Diskriminierung wahr, mit fünf Jahren entwickeln sie eine Abneigung gegen unbekannte Sprachen und zwischen fünf und acht Jahren festigen sich Vorurteile gegenüber allem, was nicht als »normal« eingestuft wird. Es sei denn, die Entwicklung wird pädagogisch begleitet und gelenkt. Kinder müssen positive Erfahrungen mit Vielfalt machen können, besonders wenn sie dies zu Hause nicht erleben. Sie müssen Empathie und Respekt entwickeln und zu kritischem Denken über Gerechtigkeit und Fairness angeregt werden. Im besten Fall werden sie am Ende selbst aktiv gegen Vorurteile und Diskriminierung eintreten.

Nicht nur ein Beitrag zur Willkommenskultur

Seit letztem Jahr beteiligt sich die AWO Oberbayern zusammen mit der AWO Thüringen und dem Bundesverband an einem Qualifizierungsprojekt für Kita-Personal mit dem etwas sperrigen Kürzel »Kivobe«. Es steht für »Kinder vorurteilsbewusst begleiten« und wird im Rahmen des Programms »rückenwind+« durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert. Projektzeitraum ist 1. März 2017 bis 29. Februar 2020.

Das Projekt basiert auf dem von der Fachstelle Kinderwelten entwickelten inklusiven Praxis-konzept der vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung. Kern des Konzepts ist die bewusste Überprüfung der eigenen Haltung bzw. eigener Vorurteile und der davon beeinflussten pädagogischen Praxis und Strukturen vor Ort. D.h. das Personal soll bei sich und in der Kita individuelle, einrichtungsspezifische und/oder gesellschaftlich-strukturelle Vorurteile und ggf. versteckte Diskriminierungsmuster ermitteln und anschließend verändern.

Hierbei spielen nicht nur die Interaktion mit den Kindern und die kritische Überprüfung des Lernumfelds, also der Räumlichkeiten und Spielmaterialien, eine Rolle. Auch die Zusammenarbeit mit den Eltern und eingefahrene Denk- und Handlungsmuster innerhalb des Teams müssen genau unter die Lupe genommen werden. Mal kann ein Vorurteil Kolleg*innen aus anderen (Bundes-)Ländern treffen wegen vermeintlich »schlechterer« Ausbildungen, mal »desinteressierte« oder »überengagierte« Eltern mit oder ohne Migrationshintergrund.

Acht Pilot-Kitas machen es vor

Unterstützt von der Projektreferentin Sabina Smajic und der ehemaligen Kitafachabteilungsleiterin Christine Baudrexl haben die Teams in acht oberbayerischen »Pilot-Einrichtungen« einen intensiven Selbstreflexionsprozess in die Wege geleitet. Die Ergebnisse des Kivobe-Projekts sollen anschließend in die inhaltliche und strukturelle Qualitäts- und Organisationsentwicklung des Arbeitsfeldes Kinderbetreuung bei der AWO einfließen, um Kindern und deren Familien noch mehr als bisher einen inklusiven, wertschätzenden und offenen Lernort bieten zu können, der Bildungsbenachteiligung vorbeugt und Chancengleichheit fördert. 

➔ Der Text ist zuerst erschienen in „WIR- das Magazin der AWO in Bayern“, Mai 2018.

Michaela Lichtblau, Leitung Unternehmenskommunikation, AWO Bezirksverband Oberbayern e. V.
Edelsbergstraße 10, 80686 München, 089/54714166

Sabina Smajic, Projektreferentin »Kivobe – Kindern vorurteilsbewusst begegnen«, AWO Bundesverband e. V.
Abteilung Kinder, Jugendliche, Frauen, Familie
c/o AWO Bezirksverband Oberbayern e. V.
Edelsbergstraße 10, 80686 München, 089/54714181
Sabina.Smajic@awo.org

Informationen zu Kivobe

Das durch den Europäischen Sozialfonds, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Aktion Deutschland Hilft geförderte Projekt Kivobe findet an zwei Standorten statt. Es nehmen insgesamt 18 Einrichtungen des AWO Landesverbandes Thüringen und des AWO Bezirksverbandes Oberbayern teil.

Projektziele

Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung in Kitas:

- Berufsbegleitende Qualifizierung, Beratung, Coaching und Vernetzung der Fachberatungen, Leitungen und des pädagogischen Personals in Kitas
- Sensibilisierung für Vorurteile, Diskriminierungen und Ausgrenzung
- Wertschätzung der familiären und gesellschaftlichen Vielfalt
- Systematische Reflexion pädagogischer Praxis und Struktur
- Reflexion eigener Diskriminierungserfahrungen und der eigenen Haltung
- Entwicklung eines Fortbildungscurriculums und einer Handreichung für die Praxis
- Profilschärfung und Beitrag zur Umsetzung des AWO-Leitbildes im Arbeitsfeld Kindertagesbetreuung

➔ Lucas Kriegbaum,
AWO Bundesverband e.V.
030/26309292
lucas.kriegbaum@awo.org

Pflegepersonalstärkungsgesetz nachbessern

Anlässlich des Pflegepersonalstärkungsgesetzes (PpSG) kritisiert die AWO unter anderem, dass es in der medizinischen Rehabilitation keine Personalverbesserungen geben soll. Grundsätzlich ist die Intention des geplanten Gesetzes zu begrüßen, eine spürbare Verbesserung durch eine bessere Personalausstattung in der Kranken- und Altenpflege zu erreichen. »Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, in denen Pflegekräfte einen wichtigen Teil der multiprofessionellen Teams ausmachen, bleiben dabei allerdings völlig unberücksichtigt«, so AWO-Vorstandsmitglied Brigitte Döcker. »Dieser Sachverhalt ist insbesondere mit Blick auf die Gefahr, dass Krankenhäuser und Pflegeheime Pflegekräfte in großem Maße aus Rehabilitationseinrichtungen abwerben könnten, nicht nachzuvollziehen.« Eine gute medizinische Versorgung der Versicherten im Bereich der medizinischen Rehabilitation sollte eine Beratung zur umfassenden Bedarfsklärung sowie zu nachsorgenden Leistungen beinhalten (...).

➔ Claus Bölicke
claus.boelicke@awo.org

Gute Pflege, aber wie?



Antworten von Anne Baaske. Sie hat als Landesgeschäftsführerin der AWO in Brandenburg in den letzten Jahren ausgiebige Erfahrungen gesammelt und Ideen entwickelt, wie würdige Pflege aussehen kann.

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Frau Baaske, was ist für eine zukunftsgerechte Pflege notwendig?

Vielleicht können wir das Wort zukunftsgerecht trennen: Wir brauchen jetzt die Weichenstellungen für eine zukunftssichere und gerecht ausgestaltete Pflege. Wir wollen, dass die Menschen ohne Ängste, ohne Vorbehalte, ohne Unsicherheiten gut im Alter leben können. Dabei ist für uns alles vorstellbar: Eine Variante ist, dass wir die Pflegeversicherung so umgestalten, dass für alle Menschen das finanzielle Risiko abschätzbar ist – ähnlich also wie bei einer Autoversicherung, wo ich weiß, wie hoch der Eigenanteil ist. Oder man geht noch einen Schritt weiter, nimmt Steuergeld in die Hand und finanziert jede Unterstützung, die ein pflegebedürftiger Mensch braucht, über die Solidargemeinschaft und mit Steuermitteln. Dann müssten die Menschen, die einen Pflegebedarf haben, für sich so sorgen wie jeder andere auch. Miete, Essen, Nebenkosten, alle persönlichen Interessen und die Freizeitgestaltung wären selbst zu finanzieren, um den Rest kümmern sich Pflege- und Krankenkassen und der Staat. Ich möchte, dass alle Menschen im Alter sicher leben können – sicher davor sind, in Altersarmut zu geraten, sicher davor sind, einsam zu sein, und sicher davor, abgehängt zu sein.

2 Wie und wer kann was tun, um den Fachkräftemangel zu beheben?

In der Pflege zu arbeiten, Menschen zu unterstützen und Sorge für andere zu tragen, ist eine großartige Tätigkeit. Wir brauchen empathische, zugewandte und kluge Menschen, die sich bewusst entscheiden, diesen Beruf zu ergreifen. Unabhängig vom Lebensalter. Es ist toll, wenn junge Menschen die Ausbildung oder ein Pflegestudium beginnen, gleichzeitig freuen wir uns riesig, wenn

sich Menschen später in ihrer beruflichen Biografie entscheiden, eine Umschulung zu machen, und so den Weg zu uns finden.

Wir müssen es schaffen, die Tätigkeiten mit und für Menschen, diese wichtige und qualitativ hochwertige Arbeit, in den Mittelpunkt zu stellen. Wir müssen aufhören, öffentlich und undifferenziert nur über die Probleme zu sprechen. Alle Tätigkeiten in der ambulanten und stationären Pflege haben eine schwierige, aber gute Zukunft – das ist uns schon lange klar und das müssen wir kommunizieren. Von der Politik und den Pflegekassen erwarte ich, dass diese die Finanzierungs- und Strukturprobleme mit den Verbänden gemeinsam konstruktiv, zukunftsorientiert und nicht zuallererst unter fiskalischen Gesichtspunkten lösen. Es geht schließlich um Menschen.

3 Welche Rolle spielen dabei tarifgebundene Bezahlungen?

Tarifliche Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeitenden sind richtig und wichtig. Die AWO in Brandenburg verhandelt seit vielen Jahren gemeinsam mit ver.di Tarifverträge. Wir sind stolz darauf und haben uns bewusst entschieden, diesen Weg (der nicht immer einfach ist) zu gehen. Die AWO hat als Arbeitgeberin viel zu bieten. Und nichts macht das transparenter und verbindlicher als ein Tarifvertrag! Wir müssen die guten Arbeitsbedingungen der Arbeiterwohlfahrt bekannter machen und aufhören, nur über Probleme zu reden. ❤️



ANNE BAASKE

Anne Baaske ist Geschäftsführerin des AWO Landesverbandes Brandenburg e.V.

➔ Anne Baaske 0331/28838300
anne.baaske@awo-brandenburg.de

Für eine zukunftsgerichtete Sozialpolitik!

Sozialpolitik ist und bleibt für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach vor allem echte Verteilungspolitik.

AUTORIN ANNELIE BUNTENBACH

Sozialpolitik schafft soziale Sicherheit. In Zeiten gesellschaftlichen Wandels und einer immer weiter auseinanderdriftenden Gesellschaft muss sich Sozialpolitik immer wieder neu daran ausrichten, wie soziale Sicherheit und soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe im Sozialstaat gewährleistet werden kann. Gelebte gesellschaftliche Solidarität in konkretes politisches Handeln umzusetzen, ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für eine zukunftsgerichtete Sozialpolitik.

Die besondere Herausforderung an die Sozialpolitik besteht darin, die Menschen in einer sich rasant wandelnden Arbeitsgesellschaft abzusichern. Diese notwendige Absicherung gegen die zentralen Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbsunfähigkeit, Pflegebedürftigkeit und Tod wird dauerhaft nur funktionieren, wenn sie staatlich verfasst, öffentlich-rechtlich und im größtmöglichen Kollektiv organisiert wird. Die Versuche von Anfang der 2000er-Jahre, soziale Sicherheit auf Kosten und zu Lasten der Beschäftigten zu privatisieren, sind kläglich gescheitert. Daher gilt es, den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der gesetzlichen Unfallversicherung auf alle Erwerbstätigen auszudehnen; notwendig ist die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung und der Kranken- sowie der Pflegeversicherung zur Bürgerversicherung. Die Lücken, die in den Schutzschirm der Arbeitslosenversicherung gerissen worden sind, müssen wieder geschlossen werden; hier muss das Sicherungsversprechen erneuert werden, statt diejenigen, die arbeitslos werden, schnell in die Bedürftigkeit abstürzen zu lassen.



ANNELIE BUNTENBACH

Annelie Buntenbach ist Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

→ fabian.wagner@dgb.de (Büroleitung)

Schlussendlich müssen die Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Behinderung, Erwerbsminderung, Pflege und Alter in Umfang, Qualität und Höhe so angemessen und wirksam sein, dass für die Menschen echte Teilhabe erlebbar wird. Teilkostenversicherungen genügen dem nicht. Gleichzeitig müssen Staat, Arbeitgeber und Erwerbstätige ihrer Finanzierungsverantwortung nachkommen. Für die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung heißt das, dass die Beiträge verlässlich, auskömmlich und paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden müssen. Zur Sicherung des Systems und zur Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Leistungen sowie zur Bewältigung des demografischen Wandels müssen ausreichend Steuermittel zufließen. Sozialpolitik ist und bleibt im Wesentlichen echte Verteilungspolitik!

Eine zukunftsgerichtete Sozialpolitik sorgt also für umfassenden Schutz und Solidarität aller Erwerbstätigen, eine solide Finanzierung, die insbesondere die Arbeitgeber und den Staat nicht aus der Verantwortung lässt, und Leistungen, welche die Absicherungs- und Integrationsfunktion des Sozialstaats für die Menschen wieder erlebbar machen. Nur so funktioniert Teilhabe. Echte Teilhabe wiederum stärkt unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und ist ein Mittel gegen existenzielle Verunsicherung, Ausgrenzung und Rassismus.

IM NÄCHSTEN HEFT

100 Jahre AWO

Ein Heft zu den Inhalten der Kampagne und den Planungen für das Jubiläumsjahr der AWO.

